



## KMU und Lehrer gegen neue Finanzgesetze

von Erich Bürgler

### Kleinere Unternehmen fürchten Benachteiligung

**Bern** Kleine und mittlere Unternehmen wehren sich gegen die neuen Bundesgesetze über die Finanzdienstleistungen (Fidleg) und die Finanzinstitute (Finig). Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, fürchtet, dass den KMU der Zugang zu professioneller Anlageberatung verwehrt wird. «Der mit den neuen Gesetzen verbundene Kontrollaufwand macht kleinere Unternehmen für Banken uninteressant», sagt Bigler. Individuelle Finanzdienstleistungen würden sich für KMU verteuern oder die Unternehmen würden gar ganz davon ausgeschlossen.

In den Gesetzen wird festgelegt, wie Finanzdienstleister Anlageprodukte vertreiben dürfen und welche Informationen sie den Kunden geben müssen. Auch die Aufsicht für bewilligungspflichtige Finanzinstitute wird teilweise neu geregelt. Der Schutz von Anlegern soll damit verbessert werden. Bigler spricht dagegen von einer Entmündigung der Konsumenten und kleinerer Unternehmen.

### Grossbanken bieten nur Produkte von der Stange

Zu den Gegnern der Neuerungen gehört auch der Verband Schweizerischer Vermögensverwalter. Er verweist auf hohe Kosten durch aufwendige Kontroll- und Prüfverfahren, die kleine Finanzberater kaum tragen können. «Je nach Umsetzung der Vorlage kann es dazu führen, dass ein Drittel bis die Hälfte der heute in der unabhängigen Vermögensverwaltung tätigen Unternehmen aus dem Markt ausscheiden», sagt Alexander Rabian, Vorsitzender der Geschäftsleitung des Verbands Schweizerischer Vermögensverwalter.

Gewerbeverband, Treuhand Schweiz, der Fachverband Schweizer Finanzdienstleister und weitere Organisationen haben einen Brief an Mitglieder der Wirtschaftskommission des Ständerates geschickt. Dort werden die Gesetze derzeit beraten. Die Kommission solle die beiden Vorlagen an die Bundesverwaltung zurückweisen, so die Forderung.

Auch der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz unterzeichnete den Brief. Deren Präsident Beat Zemp sieht Lehrpersonen durch die neuen Regelungen benachteiligt. «Die vorgesehene Finanzgesetzgebung drängt kleinere Vermögensverwalter wegen der hohen Regulierungskosten aus dem Markt. Damit würden viele Lehrer ihre langjährigen Ansprechpartner in Finanzfragen verlieren», sagt Zemp. Bei Grossbanken bekomme man als Kunde ohne Grossvermögen nur Anlageprodukte von der Stange.